

20 Jahre Familienbund der Katholiken im Bistum Osnabrück
7. September 2023 18:00 Uhr in Osnabrück



19.30 Uhr - Rente sich, wer kann! – Festvortrag von Ulrich Hoffmann

- Begrüßung (Dank für die Einladung und die Gelegenheit zum Jubiläum zu sprechen – zu einem Thema, das dem Familienbund besonders wichtig ist)
- „Rente sich, wer kann!“ – Der Titel meines heutigen Vortrags ist auch der Titel des bekannten Rentenspiels des Familienbundes. Hier klingt deutlich an, dass es einerseits um die Rente geht und andererseits bei dieser einiges im Argen liegt. Das mitschwingende „Rette sich, wer kann!“ ist ein Ausruf in Notfällen. Es ist so etwas wie der letzte Befehl. Er ergeht, wenn nichts mehr zu retten ist, wenn zum Beispiel ein Schiff sinkt und unrettbar verloren ist. Und jeder nur noch versucht, irgendwie noch schwimmend das Ufer zu erreichen.
- Mit einem Schiff hat auch die gesetzliche Rentenversicherung einiges gemeinsam. Die Rente ist der große Tanker der Sozialpolitik. Auf knapp 300 Milliarden Euro belaufen sich die jährlichen Rentenzahlungen. Die Gesamtkosten der gesetzlichen Rentenversicherung lagen im Jahr 2021 bei 341 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Das ist fast so viel wie die gesamten Steuereinnahmen aller Bundesländer zusammen, die 2021 insgesamt 355 Milliarden Euro betragen. Und sogar mehr als die Steuereinnahmen des Bundes, der im selben Zeitraum 314 Milliarden Euro eingenommen hat.¹ Rund ein Drittel dieser Bundessteuern fließt als Bundeszuschuss in die Rente. Das ist in jedem Jahr der größte Posten im Bundeshaushalt. Für jeden Rentner gilt in etwa: Zwei Drittel seiner Rente erhält er aus Beitragszahlungen der aktuell erwerbstätigen Bevölkerung, rund ein Drittel aus Steuern.
- Hier muss man innehalten und fragen. Warum ist das eigentlich so? Ist es nicht die Idee der Rente, dass sie über den Generationenvertrag finanziert wird? Die heutigen Rentnerinnen und Rentner haben früher durch ihre Erwerbstätigkeit die Rentnergeneration ihrer Eltern finanziert und erhalten ihre Renten jetzt von der Generation ihrer Kinder? Hier ist man bei dem Punkt, warum man davon sprechen kann, dass der Tanker Rente in Not ist. Es liegt in gewisser Weise eine Havarie des Rentensystems vor. Der Tanker hat ein Leck und kann sich zunehmend schwieriger über Wasser halten. Schuld daran ist der demografische Wandel, die zunehmende Alterung der

¹ <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61874/steuereinnahmen-nach-steuerarten/>.

Gesellschaft. Dieses Leck ist seit langem bekannt. Die Folgen lassen sich im Vergleich zu anderen Zukunftsfragen sehr gut vorausberechnen.

- Grund für den demografischen Wandel ist neben der erfreulicherweise steigenden Lebenserwartung vor allem die sinkende Geburtenrate. Während jede Frau Mitte der 1960er-Jahre noch im Schnitt 2,5 Kinder bekommen hat, ist die Geburtenrate ab dem Ende der 60er-Jahre im freien Fall gesunken. Seit Mitte der 70er-Jahre bewegt sich die Geburtenrate zwischen durchschnittlich 1,5 und 1,3 Kindern pro Frau. Aktuell bekommt jede Frau durchschnittlich wieder 1,5 Kinder. An dem leichten Anstieg der letzten Zeit hat vermutlich die Familienpolitik mit dem Elterngeld und dem Ausbau der Kindertagesbetreuung einen Anteil. Zur Bestandserhaltung wären aber eigentlich etwas mehr als durchschnittlich 2 Kinder pro Frau erforderlich.
- Den Verlauf des demografischen Wandels kann man am Verhältnis der Rentner und Beitragszahler deutlich machen²:
 - 1962 kamen in der Bundesrepublik sechs Beitragszahler auf einen Rentner
 - 1973 mussten vier Beitragszahler eine Rente finanzieren
 - 1992 kamen weniger als drei Beitragszahler auf einen Rentner
 - Heute stehen einem Rentner nur noch rund zwei Beitragszahler gegenüber.
 - das Verhältnis wird sich noch weiter verschlechtern, da der demografische Wandel in den Jahren ab 2025 in eine noch intensivere Phase tritt, wenn die in den 1960er-Jahren geborenen Babyboomer in Rente gehen
- Durch den demografischen Wandel wird das geltende Rentensystem erheblich unter Druck geraten. Dieser wird sich mit dem Renteneintritt der Babyboomer spätestens ab 2030 deutlich verschärfen. Der demografische Wandel ist kurz- und mittelfristig nicht mehr verhinderbar, sondern kann nur noch langfristig abgemildert werden. Die Alterung der Gesellschaft ist kein vorübergehendes Problem, sondern wird sich auch über die Rentenphase der Babyboomer hinaus dauerhaft fortsetzen.³ Das Rentensystem in der bestehenden Form ist daher nicht dauerhaft tragfähig – insbesondere mit den aktuellen Haltelinien beim Beitragssatz und dem Rentenniveau. Bei den finanzwirksamen Stellschrauben des Rentensystems wird es zu Reformdiskussionen kommen. Absehbar ist, dass die Rentenbeiträge und der Bundeszu-

² Vgl. Demografieportal der Bundesregierung, <https://www.demografie-portal.de/DE/Fakten/altersrentner-beitragszahler.html>.

³ Werding, Demografische Alterung und öffentliche Finanzen, 2021.

schuss zur Rente deutlich steigen werden. Bei der Erhöhung der Rentenbeiträge gibt es Grenzen, da zu hohe Kosten von Arbeit zum volkswirtschaftlichen Problem werden. Grenzen der Finanzierbarkeit gibt es auch beim Steuerzuschuss des Bundes zur Rente, der wie bereits gesagt, bereits etwa ein Drittel der Steuereinnahmen des Bundes beträgt – im Jahr 2023 ca. 112 Milliarden Euro. Steuererhöhungen werden notwendig sein, aber alleine keine hinreichende Lösung für den demografischen Wandel darstellen. In dieser Situation wird es großen Druck geben, auch auf die Ausgabenseite der Rente zu schauen und sowohl das Rentenniveau abzusenken als auch das Renteneintrittsalter zu erhöhen. Es liegt auf der Hand, dass in diesem Spannungsfeld die Gefahr besteht, dass bei Rentenkürzungen Personen unter die Räder geraten, die wegen Kindererziehung und Pflege nicht dauerhaft in Vollzeit erwerbstätig sind. Das zu verhindern, ist eine wichtige Aufgabe des Familienbundes.

- Der Familienbund schaut aber neben den Rentnern auch auf die jungen Menschen. Deren Aussicht, bei steigenden Rentenbeiträgen länger arbeiten zu müssen und später vergleichsweise niedrige Renten zu erhalten schwächt das Vertrauen in das Rentensystem. Es wird Tendenzen geben, das Rentensystem zu verlassen und entweder auf andere Systeme der Altersvorsorge zu setzen oder gleich auf die Grundsicherung im Alter. Das gilt insbesondere, wenn sich auch nach jahrzehntelanger Beitragszahlung eine kaum höhere Rente ergibt, als wenn man gar nicht erwerbstätig gewesen wäre. Wenn wir keine Lösung für die Nachhaltigkeit der Rente finden, könnte die Devise für die Jugend also lauten: „Rente sich, wer kann!“, „Verlasst das sinkende Schiff!“.
- Wir beim Familienbund finden uns mit dieser Situation nicht ab. Wir sind der Meinung, dass die Misere in der Rente auch strukturelle Gründe hat. Und diese lassen sich durch gute Familienpolitik beeinflussen. Eine steigende Zahl von Geburten ist das nachhaltigste Mittel zur Abmilderung des demografischen Wandels. Die von der Politik derzeit vor allem als Gegenmittel propagierte steigende Erwerbstätigkeit von Frauen lindert den demografischen Wandel nur kurzfristig – da die gesteigerte Erwerbstätigkeit langfristig auch zu höheren Renten und damit erhöhten Ausgaben der Rentenversicherung führt. Wenn der Erwerbsdruck auf Frauen so groß wird, dass sie weniger Kinder bekommen als gewünscht, ist die vermeintliche Lösung für den demografischen Wandel sogar kontraproduktiv. Es führt daher kein Weg daran vorbei, dass es besonders wichtig ist, die Rahmenbedingungen von Familien so zu gestalten, dass sie sich für so viele Kinder entscheiden können, wie sie

wünschen. Das ist derzeit nicht der Fall. Die Entscheidung, kein weiteres Kind zu bekommen, ist für viele Familien derzeit auch eine finanzielle Entscheidung. Eine große Familie können sich viele Paare heute schlicht nicht mehr leisten. Die sinkende Geburtenrate liegt aus unserer Sicht also auch an der strukturellen Benachteiligung von Familien.

- Diese Benachteiligung durchzieht viele Politikbereiche, wird aber im Rentensystem besonders deutlich. Denn die gesetzliche Rentenversicherung basiert auf dem sogenannten „Generationenvertrag“ bzw. einem Umlageverfahren und damit ökonomisch betrachtet auf zwei Leistungen:
 - Erstens auf den monetären Beiträgen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sofort an die aktuellen Rentnerinnen und Rentner ausgezahlt werden.
 - Und zweitens auf der kostenaufwendigen Erziehung von Kindern bzw. den „generativen Beiträgen“, die ermöglichen, dass auch in Zukunft Renten ausgezahlt werden können.
- Obwohl beide Beiträge für die gesetzliche Rentenversicherung unverzichtbar und gleichermaßen wichtig sind, stellt das Rentensystem ganz überwiegend auf die monetären Beiträge ab. Wer viele Kinder erzieht und daher weniger Erwerbsarbeit leisten kann, erbringt zwar einen großen Beitrag für die gesetzliche Rentenversicherung, erhält aber regelmäßig nur eine niedrige Rente. Umgekehrt erhalten diejenigen, die keine Kinder erziehen und in der Folge viel Erwerbsarbeit leisten können, oft hohe Renten.
- Dass die Familienleistungen von der gesetzlichen Rentenversicherung nicht gerecht bewertet werden, zeigt sich insbesondere an den niedrigen Renten vieler Frauen. Die Durchschnittsrente von Frauen beträgt nur ungefähr zwei Drittel der Durchschnittsrente der Männer: Männer hatten 2020 mit durchschnittlich 1.227 Euro je Monat eine deutlich höhere Altersrente als Frauen, deren durchschnittliche Altersrente 800 Euro betrug.⁴
- Die Gerechtigkeitslücke besteht aber nicht nur auf der Leistungsseite der Rente, sondern auch auf der Seite der Rentenbeiträge. Denn die Bemessung der Rentenbeiträge berücksichtigt nicht, dass die Familien bereits mit der Kindererziehung in die Zukunft der Rentenversicherung „einzahlen“. Eine Berücksichtigung des Umstandes, dass die Geldausgaben für Kinder, den finanziellen Spielraum von Eltern stark einschränken, gibt es bei der Bemessung der Rentenbeiträge nicht. Einen Freibetrag in Höhe der Unterhaltspflicht, der die reduzierte Leistungsfähigkeit der Familien berücksichtigt, gibt es bisher nur bei der Besteuerung, aber nicht bei der Rente. Das führt bei Familien zu

⁴ Demografieportal der Bundesregierung, <https://www.demografie-portal.de/DE/Fakten/rentenhoeh.html>.

Armut. Teilweise geraten Familien durch den Abzug der hohen Sozialabgaben unter die Schwelle der Grundsicherung und müssen Bürgergeld beziehen.

- Für mehr Gerechtigkeit bei der Bemessung der Rentenbeiträge von Familien kämpft der Familienbund seit langer Zeit, ungefähr so lange wie es den Familienbund Osnabrück gibt. Als der Familienbund im Bistum Osnabrück am 1. September 2003 gegründet wurde, war die Überwindung der strukturellen Benachteiligung von Familien gerade das zentrale Thema der Familienpolitik. 2001 hatte das Bundesverfassungsgericht im sogenannten Pflegeversicherungsurteil entschieden, dass es dem Gleichheitssatz des Grundgesetzes widerspricht, wenn bei der Beitragshöhe nicht danach differenziert wird, ob Kinder betreut und erzogen werden. Das Karlsruhe Richter hatten das aber nur für die Pflege verbindlich entschieden. Für die Renten- und Krankenversicherung hatte das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber lediglich zu einer Prüfung verpflichtet. Eine verbindliche Entscheidung zur Rente wäre auch nicht möglich gewesen, denn ein Rentenfall war dem Gericht nicht vorgelegt worden. Und das Gericht muss bei den Entscheidungen im Rahmen des vorgelegten Falles bleiben. Für den Familienbund war aufgrund der Urteilsbegründung klar, dass Karlsruhe auch die Rente gemeint hat. Denn die Bedeutung von Kindern für den zukünftigen Bestand des Sozialsystems ist nirgendwo so deutlich wie in der Rente.
- Wie wir wissen, ist der Gesetzgeber leider dennoch in der Rentenversicherung untätig geblieben und hat die Familienbenachteiligung nicht beseitigt. Der Familienbund hat daher im Jahr 2005 den Klageweg beschritten, um die Benachteiligung auf dem gerichtlichen Weg zu beseitigen. Es war ein langer Klageweg und ich bin stolz darauf, dass der Familienbund einen langen Atem bewiesen hat. Erst 2015 und 2017 lagen die letztinstanzlichen Urteile des Bundessozialgerichts vor. Leider ohne Erfolg, aber der Weg zum Bundesverfassungsgericht war offen. Dort hat der Familienbund im Jahr 2022 einen Teilerfolg erzielt, aber leider nur in der Pflegeversicherung, nicht in der Rente. In der Pflegeversicherung gibt es jetzt eine weitere Verbesserung für Familien bei der Beitragsbemessung. Dort wird der Beitrag jetzt für Mehrkindfamilien weiter reduziert. In der Rente hat das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber einen weiten Spielraum zugestanden, wie er die Berücksichtigung der Familienleistungen gestalten möchte. Aus meiner Sicht hat sich das Bundesverfassungsgericht mit einer sehr oberflächlichen Begründung um eine Entscheidung für die Familien gedrückt. Leider ist eine

ernsthafte Auseinandersetzung mit den von uns vorgelegten wirtschaftswissenschaftlichen Gutachten nicht erfolgt. Die Verbesserung der rentenrechtlichen Situation von Familien bleibt also eine Aufgabe des Familienbundes. Damit nicht irgendwann die Familien sagen „Rente sich, wer kann!“.

- Reformen in der Rentenversicherung geht der Familienbund auch im Rahmen des Rentenbündnisses der katholischen Verbände an. Dort findet in zwei Wochen das Treffen der Verbandsspitzen der fünf Mitgliedsverbände statt: Die Katholische Frauengemeinschaft, die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung, die Katholische Landvolkbewegung, das Kolpingwerk und der Familienbund setzen sich gemeinsam für eine gerechte Rente ein. Hier gibt es derzeit Diskussionen zu Zukunft des gemeinsamen Sockelrentenmodells. Zwischen den Verbänden – aber auch innerhalb der Verbände – gibt es Diskussionen, ob das bisher vertretene Rentenmodell angepasst werden sollte. Einige treten für eine deutlich angehobene Sockelrente ein. Dieser könnte aber angesichts der angespannten finanziellen Situation in der Rentenversicherung nur mit einer deutlichen Abschwächung der Beitragsgerechtigkeit finanziert werden. Hier gibt es laufende Diskussionen. Mir ist beim Rentenbündnis wichtig, dass die Verbände zusammenbleiben und die „Ressource Rentenbündnis der katholischen Verbände“ und die Gemeinsamkeiten nicht aufgeben. Trotz bestehender Meinungsunterschiede in Einzelfragen denken die Verbände des Rentenbündnisses in vielen rentenpolitischen Fragen ähnlich und in dieselbe Richtung. Zu wichtigen rentenpolitischen Zielen, Grundfragen, Strukturprinzipien und Gerechtigkeitsvorstellungen, aber auch zu vielen Einzelproblemen gibt es einen Konsens. Wir alle wollen Altersarmut vermeiden, wir wollen eine Form von Sockel-, Mindest- oder Grundrente, wir wollen bessere Anerkennung von Kindererziehung und Pflege und allgemein die Stärkung des Vertrauens in die gesetzliche Rentenversicherung. Ich halte es für richtig, wenn wir uns von unseren Vorstellungen eines idealen Rentenmodells leiten lassen und gleichzeitig anschlussfähig in die rentenpolitische Debatte einbringen. Wir sollten versuchen, unsere Vorstellungen an vielen konkreten Einzelstellen der Rentenversicherung einzubringen. Die Umsetzung eines Gesamtmodells als Paket ist wahrscheinlich bei realistischer Betrachtung schwierig. Das zeigt die politische Erfahrung der letzten Jahre. Grundsätzliche Reformen bei der Rente sind schwierig. Damit sind wir wieder beim Bild des Schiffs.
- Denn mit einem Tanker hat die gesetzliche Rentenversicherung auch die Schwerfälligkeit und schwere Manövrierbarkeit gemeinsam. Ein Kurswechsel

in der Rente hat eine lange Vorlaufzeit. Da Rentenansprüche aus der Vergangenheit verfassungsrechtlich geschützt sind, können grundsätzliche Änderungen im Rentensystem rechtssicher nur über einen Stichtag umgesetzt werden. D.h. nur neu hinzukommende Ansprüche werden nach dem reformierten System berechnet. Bis es Rentnerinnen und Rentner gibt, deren gesamte Rente nach dem reformierten System berechnet wird, vergehen also Jahrzehnte. Der Tanker Rente reagiert also sehr langsam auf den veränderten Kurs und die Wende wird erst nach langer Zeit vollständig vollzogen.

- Die Manövrierbarkeit ist auch durch andere Umstände eingeschränkt, nämlich durch politische Schwierigkeiten. Das angesprochene Leck im Schiff, der demografische Wandel bringt nicht nur das Rentensystem in Schieflage. Er verstärkt auch die Unbeweglichkeit des Systems, indem er die Wählerschaft verändert. Diese wird immer älter. Auskunft darüber gibt das sogenannte Medianalter. Dieses Alter teilt die Wählerschaft in zwei gleich große Personengruppen. Im Jahr 2000 lag das Medianalter noch bei 45 Jahren. Die eine Hälfte der Wählerinnen und Wähler war also jünger als 45 Jahre, die andere älter. Heute liegt das Medianalter bereits bei 52 Jahren und es wird weiter steigen. Die Bedeutung der älteren Wählerschaft wird noch dadurch verstärkt, dass es bei ihr eine höhere Wahlbeteiligung gibt als bei den jüngeren Wählern. Aufgrund des starken Gewichts der älteren Wählerinnen und Wähler scheuen sich die Parteien vor Rentenreformen. Nicht zuletzt aus diesem Grund werden notwendige Rentenreformen seit Jahrzehnten verschleppt. Aus meiner Sicht bräuchte die Politik aber mehr Mut. Denn es ist auch der älteren Bevölkerung wichtig, dass das Schiff der Rentenversicherung langfristig auf Kurs bleibt und auch noch ihre Kinder und Enkelkinder gut im Alter versorgt. Wir müssen die Politik davon überzeugen, den notwendigen Mut aufzubringen.
- Im Familienbund erlebe ich es als besondere Stärke, dass dieser nicht nur auf einzelne Personengruppen schaut und etwa nur Lobby für Kinder, Frauen, Eltern, Großeltern oder pflegebedürftige Angehörige ist. Der Familienbund hat immer die gesamte Familie im Blick. Es geht ihm um den Ausgleich der Interessen und daran, dass das Zusammenleben aller Familienmitglieder bestmöglich und entsprechend den Wünschen der Familien gelingt. Dem Familienbund ist daran gelegen, dass die Familie als Einheit gestärkt wird. Als Einheit, die Freiheiten gegenüber dem Staat hat, aber auch vom Staat in der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützt wird. Ganz im Sinne der katholischen Soziallehre.

- Der Familienbund unterstützt Familien. Er ist aber auch darauf angewiesen, dass er von seinen Mitgliedern unterstützt wird und von vielen Leuten, die sich ehrenamtlich einbringen. Ich habe den Familienbund im Bistum Osnabrück immer als besonders starke Unterstützung für meine Arbeit im Bundesverband erlebt. Dafür möchte ich euch heute ganz herzlich danken! Ich wünsche dem Familienbund Osnabrück ganz herzlich alles Gute für seinen weiteren Weg! Bleiben wir gemeinsam dabei, Familien zu unterstützen und auf strukturelle Ungerechtigkeiten hinzuweisen. Nicht nur, aber insbesondere auch in der Rente. „Rente sich, wer kann!“ ist keine Lösung. Der Familienbund setzt auf Solidarität in der Rente. Er lässt sich von den demografischen und rentenpolitischen Stürmen nicht beeindrucken. Der Familienbund bleibt in der Rentenpolitik an Bord!